

Die Sicherheit der Schweiz auf dem Prüfstand

(BaZ vom 7.10.2001)

von **Rudolf Rechsteiner***

Ein schrecklicher Monat! Das Ausmass von Gewalt macht fassungslos. Selten in der jüngeren Geschichte wurde die Schweiz so verunsichert. Politisch durch die extreme Gewalt der Attentate, wirtschaftlich durch das abrupte Ende der Swissair. Es ist ungemütlich geworden in der behüteten Schweiz, doch die Trauerbekundungen und Demonstrationen haben auch Verborgenes sichtbar gemacht: die Kraft zwischenmenschlicher Solidarität.

Und nun hat der «Krieg gegen den Terror», den der US-Präsident George W. Bush längst angekündigt hatte, faktisch begonnen. Im Grunde ist das wenig erstaunlich. Denn bis zum 11. September hat George W. Bush alle Anstrengungen Richtung Frieden und Gerechtigkeit dupiert: Obstruktion gegen eine Bio-Waffen-Konvention, gegen das Kyoto-Protokoll, Aufkündigung der Abrüstung (ABM-Vertrag), Absagen an Verhandlungen gegen Rassismus, Landminen und Handfeuerwaffen, Gängelung der UNO durch systematische Zahlungsverweigerung.

Dennoch waren im letzten Monat in den USA auch einige positive Irritationen zu verzeichnen. Die Supermacht bezahlt ihre UN-Schulden plötzlich doch. Sie tritt stärker aus der Isolation heraus, und will mit 100 Milliarden Deficit spending die stotternde Wirtschaft wieder anwerfen.

Diese Anzeichen für ein Umdenken wurden dadurch verursacht, dass die Verletzlichkeit der USA auf eigenen Boden offenbar wurde. «Die Arroganz ist vorbei», erklärte der US-Energieexperte David Freeman an der «Sun21». Zum eigenen Schutz sind die USA auf Freunde - auch islamische - angewiesen. Das ist seit dem 11. September deutlicher geworden, obwohl nun wieder Bomben fallen.

Das neue Ansehen der Politik

Und die Schweiz? Die entschlossene Hilfe des Bundesrats an die Swissair angesichts zehntausender gestrandeter Touristen und Mitarbeiter hat der Politik auch in der Schweiz zu neuem Ansehen verholfen. In die gleiche Richtung wirkte das ruchlose Verbrechen von Zug. Es wird populistischen Börsenspekulanten in Zukunft nicht mehr so leicht fallen, demokratisch gewählte Volksvertreter, die sich zumeist um so etwas wie das Allgemeinwohl bemühen, ständig als parasitäre «classe politique» zu verhöhnen. Politik und Wirtschaft sollten ihre unterschiedlichen Rollen respektieren. Die Politik muss Rahmenbedingungen setzen und Partialinteressen zurückbinden. Die Wirtschaft muss betriebliche Verantwortung tragen und gewisse Regulierungen erdulden. In der jüngeren Vergan-

genheit war es oft gerade umgekehrt. Die Wirtschaft diktierte, der Staat hatte zu gehorchen.

Der Bund hätte als grösster Aktionär der Swissair dem Grössenwahn viel früher Schranken setzen können. Aber der Zürcher Freisinn hatte den Bundesrat fest im Griff, bis hin zur Rechtsbeugung im Lärmschutz, den das Bundesgericht nachträglich korrigierte. Seit das SAir-Kartenhaus aus McKinsey, Credit Suisse und FDP eingestürzt ist, wird offener über die Machtverhältnisse im Land diskutiert. Dankbar registriert man, dass der Bundesrat ins Portemonnaie greift und eine gewisse Normalität wiederherstellt - der Bund als prämienfreie Risikoversicherung.

Nationale Luftfahrtgesellschaften sind rund um den Globus Geldvernichtungsmaschinen, erst recht in der isolierten, kleinen Schweiz. Die Nothilfe an die Swissair darf nicht in einen neuen Staatskapitalismus münden. Die Fehlentscheide des SAir-Verwaltungsrates werden auch so Milliarden kosten: die Betriebsgarantie bis Ende Oktober, die Entlassenen, die Milliardenschuld in Frankreich und Belgien, die der Bund zwecks Rettung der bilateralen Verträge übernehmen wird. Doch die Frage muss erlaubt sein: Was kommt als nächstes? Milliarden Schäden wegen eines neuen «Lothar», weil neoliberale Ideologen rund um den Erdball jede vernünftige Energiepolitik im Ansatz verhindern, oder wird es eine Atomanlage sein, die explodiert? Es geht um Sicherheit. Wie weiter nach den Toten von Zug? Mehr Polizei wird wenig helfen, Gewaltakte zu verhindern. Die Erfahrungen mit Staatsschutz und Geheimdienst (Fichen, Regli, Bellasi usw.) sind wenig angetan, das Vertrauen zu stärken. Auch an Gesetzen mangelt es nicht. Gemäss Staatsschutzgesetz von 1997 besitzt der Bund die nötigen Kompetenzen, um frühzeitig Gefährdungen durch Terrorismus und Extremismus zu erkennen. Behörden dürfen Informationen über die innere und äussere Sicherheit beschaffen, lange ein bevor konkreter Verdacht oder eine strafbare Tat vorliegt.

Grundsätzliches

Waffenverbot

Die wirklichen Lücken liegen bei der unkontrollierten Anhäufung von technischen Risiken. Zum Beispiel der einfache Zugang zu Waffen: Das Waffengesetz erlaubt unkontrollierten Waffenhandel unter Privaten. Vorgeschieden ist einzig eine Quittung (!), weshalb Psychopathen, Kriminelle und mehrfach Vorbestrafte problemlos Waffen erwerben dürfen, wenn sie sie nicht schon vom Militär heimbringen. Seriefirewaffen wie das Sturmgewehr 90 können entsetzliche Zerstörungen anrichten. Die Freiheit der Schützen- und Waffenlobby im Bundesparlament hat fatale Folgen für friedliebende Bürgerinnen und Bürger. Die unheimlichen Patrioten aus SVP,

CVP und Freisinn, die das Waffengesetz unter ihrem eigenen Motto «Mut zur Lücke» vollkommen demontierten, sind mitverantwortlich für die Opfer. Wünschbar ist ein grundsätzliches Waffenverbot wie in England. Ordnungswaffen gehören ins Zeughaus, für Schützen- und Jagdvereine sind Spielregeln einzuführen, die Gefährdungen weitestgehend ausschliessen. AKWs: Selbstmordattaken auf Atomanlagen sind ein weiteres Risiko, das im Licht der jüngsten Ereignisse untragbar geworden ist. Ein «Tschernobyl» bei uns würde laut Bundesamt für Zivilschutz 4200 bis 4500 Milliarden Franken Sachschaden verursachen, schlimmer als jedes andere Katastrophenereignis. Von den menschlichen Kosten ganz zu schweigen: Grossteile der Schweiz wären für Jahrhunderte unbewohnbar. Wer - wie die Basler Nationalräte Weder, Euler, Hubacher oder Jegher - schon vor fünfzehn Jahren auf Terrorismöglichkeiten gegen AKWs hinwies, wurde vom Bundesrat mit Floskeln getröstet. Die Atomlobby wusste genau, warum sie solche Szenarien zu «Phantasien» erklären liess. Hätte man das reale Risiko berücksichtigt, hätten die AKW-Bewilligungen nie erteilt werden dürfen.

Gemäss der Richtlinie R-11 des Bundes vom Mai 1980 («Zwischenfälle und Unfälle») ist ein Atomkraftwerk so auszulegen, «dass bei einem Unfall nach konservativer Berechnung für Einzelpersonen der Bevölkerung in der Umgebung keine höhere Dosis als 100 mSv erwartet wird.» Wenn der Bundesrat dieses gültige Schutzziel heute einhalten will, müsste er die Schliessung der A-Werke verfügen. Erschwingliche Alternativen gäbe es zuhauf. Die Bundesrepublik erstellt Windkraftwerke in einem Tempo, dass das AKW Mühleberg alle vier Monate ersetzt wird. Die Frage ist gestellt: Wie gedenkt der Bundesrat das Schweizervolk wirksam zu schützen? Halten auch hier Wirtschaft und Freisinn den Bundesrat so lange im Griff, bis nur noch Schulden und Scherben da sind?

** Rudolf Rechsteiner, geb. 1958, Dr. rer. pol., Nationalrat (SP, BS).*